

Eng verbunden – Das Verhältnis von Politischer Bildung zum Schulfach Geschichte



Martin Pryde

Lehrer für Geschichte und Philosophie an der Kantonsschule Schaffhausen, Präsident des Vereins Schweizerischer Geschichtslehrerinnen und -lehrer (VSGS), Mitglied der Expertengruppe «Politische Bildung».



Valentin Schönherr

Lehrer für Geschichte an der Kantonsschule MNG Rämibühl in Zürich und Vizepräsident des Vereins Schweizerischer Geschichtslehrerinnen und -lehrer (VSGS).

Im März 2020 wurde im Zürcher Kantonsrat heiss diskutiert, was es heutzutage bedeuten müsse, «neutral» zu unterrichten. Inhaltlich kreist die Debatte um das Geschichts- und Politik-Schulbuch «Gesellschaft im Wandel»¹ des Lehrmittelverlags Zürich, in welchem das Gebot der politischen Neutralität missachtet worden sein soll. Die Debatte ist noch nicht abgeschlossen, aber soviel lässt sich bereits festhalten: Die Thesen der Expertengruppe von EDK/SBFI zur Politischen Bildung (vgl. GH 1/2020, Seite 17) bieten auch in dieser aktuellen Auseinandersetzung einen verlässlichen Orientierungsrahmen, indem sie das Überwältigungsverbot und das Kontroversitätsgebot (vgl. GH 1/2020, S. 15) als fachdidaktisch gut abgesicherte Richtschnur für einen ausgewogenen und damit «neutralen» Unterricht festhalten. Die Thesen der Expertengruppe greifen auf eine seit langem bestehende Zuordnung der Politischen Bildung zum Unterrichtsfach Geschichte zurück – auf gymnasialer Stufe wurde diese letztmals im RLP von 1994 festgehalten und auf der Stufe FMS wurde diese Tradition in der letzten Überarbeitung von 2018 auch wieder bestätigt. Diese lange Tradition basiert auf mehreren Argumenten:

- Inhaltlich gibt es zwischen Geschichte und Politik viele Überschneidungen. Was im Geschichtsunterricht behandelt wird, ist das politische Geschehen von gestern, und was heute die Politik bestimmt, wird uns in der Zukunft beschäftigen. Politische Phänomene der Gegenwart sind nur aus einer Kenntnis historischer Sachverhalte der Schweiz, Europas und der Welt heraus zu verstehen.
- Methodisch entsprechen sich die fachspezifische Didaktik von Geschichte und Politischer Bildung. Für beide steht die fundierte Quellenkritik im Zentrum. Es sind die grundlegenden Fragen wie: Wer sagt was aus welchem Grund, was wird dabei verschwiegen und welche Darstellungsform wird gewählt? Dieses methodische Rüstzeug ist in beiden Disziplinen nötig, um überhaupt die Beurteilung historischer, sozialer und politischer Sachverhalte leisten zu können. Erst diese

Methodik ermöglicht den Schülerinnen und Schülern ein eigenständig-kritisches Denken in kontroversen politischen Themen.

- Die bestehende Ausbildung der Lehrpersonen deckt bereits jetzt diese Inhalte ab, so dass Geschichtslehrpersonen auf fachwissenschaftlich wie fachdidaktisch hohem Niveau die komplexe Materie unterrichten können, so wie das ausdrücklich in den Thesen der Expertengruppe von EDK/SBFI gefordert wird.
- Ein zentrales Ziel der Politischen Bildung ist es, die Schülerinnen und Schüler zum politischen Handeln zu befähigen. Dazu müssen politische Institutionen, Normen und Prozesse als historisch gewachsen dargestellt werden. Nur dann können sie auch als – im Rahmen der demokratisch-rechtsstaatlichen Grundordnung – veränderbar erkannt werden. Es braucht einen historisch fundierten Politikunterricht, um Schülerinnen und Schüler zu politischer Partizipation zu ermutigen.

Die Politische Bildung soll gestärkt werden, so das einhellige Bekenntnis von Seiten der Politik, aber auch von allen Fachexperten, welche sich mit dem Thema auseinandersetzen. Damit politische Inhalte nicht nur angerissen, sondern auch vertieft unterrichtet werden können, muss die Politische Bildung endlich einen angemessenen Stellenwert erhalten, der sich beispielsweise in mehr Unterrichtszeit spiegeln könnte. Durch die gegenwärtigen Herausforderungen, die durch den Kampf um Wahrheiten, durch die politischen Aspekte der Digitalisierung oder durch die Bedrohung unserer demokratischen Grundwerte auf uns zukommen, gewinnen die Inhalte der Politischen Bildung gleichzeitig massiv an Brisanz, so dass das Gymnasium aufgefordert ist, hier einen Beitrag zu leisten.

Politische Bildung geht alle an

Alle Menschen sind politische Wesen, und die Lehrpläne aller Fächer weisen – hofentlich! – politische Aspekte auf. Schulen

Martin Pryde/Valentin Schönherr, Die politische Bildung erhält Rückenwind, GH 1/2020, S. 15.



¹ Gesellschaften im Wandel. Themenbuch Geschichte und Politik, Zürcher Lehrmittelverlag, Zürich, 2017. Gut aufgearbeitet ist die Kontroverse im Podcast Echo der Zeit vom 09.03.2020, 18:00 Uhr:

<https://www.srf.ch/play/radio/echo-der-zeit/audio/kanton-zuerich-diskussion-politische-neutralitaet?id=214d23cb-c27e-4423-a232-e05898b5afb>



sind ausserdem aufgefordert – so halten es die bereits erwähnten EDK/SBFI-Thesen fest –, schulinterne Aushandlungsprozesse als Chance für die Politische Bildung zu begreifen, schulweite Anlässe zu politischen Themen zu organisieren und sich selbst auch als politische Akteure ins Spiel zu bringen.

Dies wirft die Frage auf, wie Politische Bildung interdisziplinär unterrichtet werden soll. Interdisziplinarität, wenn sie nicht in inhaltliche Beliebigkeit abdriften oder in pädagogischer Hilflosigkeit enden soll, braucht dringend den fachwissenschaftlichen wie fachdidaktischen Lead von Lehrpersonen mit entsprechender Ausbildung. Erst unter ihrer Anleitung lässt sich der gemeinsame Unterricht sinnvoll strukturieren, so dass die anderen Fächer ihre Expertise gewinnbringend einbringen können. Eine so organisierte Interdisziplinarität wäre ein echter Gewinn für die Schülerinnen und Schüler und auch für die Schulen, welche ja von der Expertenkommission aufgefordert sind, eine demokratische Schulkultur (These 5) umzusetzen. Die Lehrer der Politischen Bildung dürfen und sollen angehalten werden, interdisziplinäre Projekte auszugestalten – wie es sich für das Gymnasium gehört unter Leitung einer ausgebildeten Expertin oder eines Experten, welche ein hohes Niveau garantieren können. Wenn also die Politische Bildung im Fachunterricht gestärkt wird, wenn fundierte interdisziplinäre Gefässe etabliert werden und Schülerinnen und Schüler am Schulleben politisch partizipieren können, dann muss man sich auch nicht mehr vor Kontroversen um die Neutralität sorgen, sondern kann diesen mit einer gewissen Gelassenheit begegnen. Denn einen «neutralen» Standpunkt gibt es ebenso wenig wie einen «objektiven», sagen die Historiker, da wir ja bereits durch die Themenauswahl und unseren Sprachgebrauch Stellung nehmen, so ausgewogen wir auch diverse Standpunkte einbeziehen mögen. Wer guten Politik- und Geschichtsunterricht besucht hat, weiss das. Übrigens ist man dann auch in der Lage, die Schwächen eines Lehrmittels selbst zu durchschauen, weil man geübt ist, Texte und Materialien aller Art nicht kritiklos hinzunehmen.

Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

zhaw

Life Sciences und
Facility Management

Dank dem Studium weiss ich, wie man ein neues Lebensmittel entwickelt und im Markt integriert.

Making you a food star

Gestalten Sie die Zukunft gesunder, genussvoller und nachhaltiger Lebensmittel aktiv mit.

Im Bachelorstudium Lebensmitteltechnologie erlangen Sie die Kompetenzen, um als «Ingenieur/in», «Manager/-in» oder «Unternehmer/-in» tätig zu sein. Regional, national oder international.

Ab Herbst 2020 mit neuem Programm

3 neue Vertiefungsrichtungen, 1 Minor und ein breites Angebot an Wahlmodulen. Voll- oder Teilzeit.

 zhaw.lebensmittel
www.zhaw.ch/ilgi/bachelor

Zürcher Fachhochschule